



Ausgabe 27 | Juli 2020

LEXinform-Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie Ihren wöchentlichen LEXinform Newsletter mit aktuellen Meldungen.

Ihre LEXinform Newsletter-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS

> Steuern

Bundesfinanzhof

- > Beitrittsaufforderung an das BMF: Unentgeltliche Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen bei Übergabe von nicht nach § 10 Abs. 1 Nr. 1a Satz 2 EStG a.F. (wortgleich mit § 10 Abs. 1a Nr. 2 Satz 2 EStG n.F.) begünstigtem Vermögen?
- > Ladungsfrist bei Terminverlegung - Kapitalbeteiligung im Sonderbetriebsvermögen II
- > Wärmeenergie als Wirtschaftsgut - Sachentnahme durch Beheizen des Wohnhauses mit selbst erzeugter Wärmeenergie - Teilwert bei sog. Kuppelerzeugnissen
- > Widerruf einer Schenkung als der Grunderwerbsteuer unterliegender Erwerbsvorgang
- > Dingliche Wirkung eines Grundsteuermessbescheids
- > Keine fristwahrende Einreichung der Steuererklärung beim örtlich unzuständigen Finanzamt
- > Einkünfte aus Photovoltaikanlage bei Ehegatten regelmäßig ohne gesonderte Gewinnfeststellung
- > Gebührenerhebung bei mehreren Anträgen auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft
- > Nachweis des niedrigeren gemeinen Werts durch Sachverständigengutachten

Finanzgerichte

- > Verlustabzugsbeschränkung bei Steuerstundungsmodellen i. S. v. § 15b EStG nicht verfassungswidrig

>

Marderbefall als außergewöhnliche Belastung?

- › Dienstleistungskommission - Leistungserbringer bei In-App Verkäufen über eine Internet-Plattform

Finanzverwaltung

- › Zweite Verlängerung der Konsultationsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien vom 6. Mai 2020
- › Befristete Absenkung des allgemeinen und ermäßigten Umsatzsteuersatzes zum 1. Juli 2020
- › Umsatzsteuer; Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung bei Ausfuhrlieferungen

Weitere Meldungen

- › Heilung der rechtswidrigen Änderung eines Einkommensteuerbescheids durch Erlass eines Körperschaftsteuerbescheids

› Recht

Arbeit und Soziales

- › Mindestlohn steigt auf 10,45 Euro im Jahr 2022
- › Benachteiligung eines schwerbehinderten Bewerbers - Einladung zu einem Vorstellungsgespräch - interne Stellenausschreibung
- › Auskunftsanspruch nach dem Entgelttransparenzgesetz
- › Provisionen können das Elterngeld erhöhen

Wirtschaftsrecht

- › Unwirksame Entgeltklausel für Basiskonto

Zivilrecht

- › Anspruch auf Lärmschutz bei Auswechslung des Teppichbodens durch Fliesen
- › Verkürztes Restschuldbefreiungsverfahren auf den Weg gebracht

Sonstiges Recht

- › Gesetzliche Neuregelungen im Juli 2020

› Wirtschaft

Finanzen

- › Müssen sich Darlehensnehmer jetzt um ein Forward-Darlehen kümmern?

Unternehmen

- › Coface Länder- und Branchenbewertungen - Kampf gegen Insolvenzen

Beitrittsaufforderung an das BMF: Unentgeltliche Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen bei Übergabe von nicht nach § 10 Abs. 1 Nr. 1a Satz 2 EStG a.F. (wortgleich mit § 10 Abs. 1a Nr. 2 Satz 2 EStG n.F.) begünstigtem Vermögen?

Bundesfinanzhof, IX-R-11/19, Beschluss vom 28.04.2020

Das BMF wird aufgefordert, dem Verfahren beizutreten, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob wiederkehrende Leistungen im Zusammenhang mit einer Übertragung von nicht nach § 10 Abs. 1a Nr. 2 Satz 2 Buchst. a bis c EStG n.F. begünstigtem Vermögen grundsätzlich als Entgelt (bzw. im Ausnahmefall als Unterhaltsleistung) anzusehen sind (so die Auffassung im BMF-Schreiben vom 11.03.2010, BStBl I 2010, 227 Tz 57 und 65) oder gleichwohl als nicht begünstigte (d.h. nicht zum Sonderausgabenabzug berechtigende), aber dem Grunde nach unentgeltliche "Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen" gelten können.

➤ mehr in LEXinform 5023038 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Ladungsfrist bei Terminverlegung - Kapitalbeteiligung im Sonderbetriebsvermögen II

Bundesfinanzhof, IV-R-53/16, Urteil vom 19.12.2019

1. Die vierwöchige Ladungsfrist zur mündlichen Verhandlung vor dem BFH beginnt nicht erneut zu laufen, wenn ein Termin auf einen späteren Tag verlegt wird.
2. Für die Zuordnung eines GmbH-Anteils eines Mitunternehmers zum Sonderbetriebsvermögen II seiner Mitunternehmerschaft ist es von Bedeutung, ob die GmbH - abgesehen von der Geschäftsbeziehung zu der Mitunternehmerschaft - einen erheblichen eigenen Geschäftsbetrieb unterhält.

➤ mehr in LEXinform 0951122 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Wärmeenergie als Wirtschaftsgut - Sachentnahme durch Beheizen des Wohnhauses mit selbst erzeugter Wärmeenergie - Teilwert bei sog. Kuppelerzeugnissen

Bundesfinanzhof, IV-R-9/17, Urteil vom 12.03.2020

1. Die Wärmeenergie verselbständigt sich zu einem eigenen Wirtschaftsgut, wenn sie über Wärmemengenzähler bestimmungsgemäß an Abnehmer geliefert oder für private Zwecke verbraucht wird.
2. Der private Verbrauch selbst erzeugter Wärmeenergie ist keine mit den tatsächlichen Selbstkosten anzusetzende Nutzungsentnahme, sondern eine nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 1 Halbsatz 1 EStG mit dem Teilwert zu bewertende Sachentnahme.
3. Die (Wieder-)Herstellungskosten sind auch bei sog. Kuppelerzeugnissen tauglicher Maßstab zur Bestimmung des Teilwerts. Als Teilwert ist jedoch der Veräußerungspreis anzusetzen, wenn sich für Erzeugnisse gleicher Art und Güte ein niedrigerer Marktpreis gebildet hat.

➤ mehr in LEXinform 0951402 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Widerruf einer Schenkung als der Grunderwerbsteuer unterliegender Erwerbsvorgang

Bundesfinanzhof, II-R-2/17, Urteil vom 04.03.2020

1. § 1 Abs. 3 Nr. 1 GrEStG knüpft die Steuerpflicht an ein Rechtsgeschäft und nicht an die tatsächliche Vereinigung der Gesellschaftsanteile in einer Hand.
2. Ein Widerruf kann ein Rechtsgeschäft i.S. des § 1 Abs. 3 Nr. 1 GrEStG sein, wenn das Recht zum Widerruf in einem schuldrechtlichen Geschäft angelegt ist.
3. Eine natürliche Person ist gegenüber den Weisungen eines Unternehmers in Bezug auf Gesellschaftsanteile verpflichtet i.S. des § 1 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. a GrEStG a.F., wenn sie rechtlich zur Herausgabe der Anteile verpflichtet ist. Eine solche Verpflichtung zur Herausgabe liegt in der Regel vor, wenn zivilrechtlich zwischen dem Unternehmer und der natürlichen Person ein unentgeltlicher Auftrag oder ein entgeltlicher Geschäftsbesorgungsvertrag besteht.

➤ mehr in LEXinform 0951213 | Sonstiges Steuerrecht



Dingliche Wirkung eines Grundsteuermessbescheids

Bundesfinanzhof, II-R-10/17, Urteil vom 12.02.2020

Der notwendige Inhalt eines Grundsteuermessbescheids - der Grundsteuermessbetrag, der Einheitswert und die Steuermesszahl - bindet auch den Rechtsnachfolger (sog. dingliche Wirkung des Grundsteuermessbescheids). Wird eine Neuveranlagung des Grundsteuermessbetrags nach einer Zurechnungsfortschreibung des Einheitswerts durchgeführt, beschränkt sich die Neuveranlagung auf die Bestimmung des neuen Steuerschuldners. Eine geänderte Steuermesszahl wird nicht berücksichtigt. Eine solche kann im Rahmen einer Neuveranlagung zur Fehlerbeseitigung Berücksichtigung finden.

➤ mehr in LEXinform 0951261 | Sonstiges Steuerrecht



Keine fristwahrende Einreichung der Steuererklärung beim örtlich unzuständigen Finanzamt

Bundesfinanzhof, VI-R-37/17, Urteil vom 13.02.2020

Parallelentscheidung VI R 38/17

1. Die Veranlagung gemäß § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG kann bis zum Ablauf des letzten Tages der Festsetzungsfrist, mithin bis 24:00 Uhr, beantragt werden (Abweichung vom BFH-Urteil vom 20.01.2016 - VI R 14/15, BFHE 252, 396, BStBl II 2016, 380).
2. Der Ablauf der Festsetzungsfrist wird gemäß § 171 Abs. 3 AO nur dann gehemmt, wenn die für die Veranlagung gemäß § 46 Abs. 2 Nr. 8 EStG erforderliche Steuererklärung bis zum Ablauf der Festsetzungsfrist beim örtlich zuständigen Finanzamt eingeht (Abgrenzung zum BFH-Urteil vom 10.07.1987 - VI R 160/86, BFHE 150, 543, BStBl II 1987, 827: Antragsfrist beim Lohnsteuer-Jahresausgleich gemäß § 42c Abs. 2 EStG a.F.).

➤ mehr in LEXinform 0951475 | Steuerliches Verfahrensrecht



Einkünfte aus Photovoltaikanlage bei Ehegatten regelmäßig ohne gesonderte Gewinnfeststellung

Bundesfinanzhof, IV-R-6/17, Urteil vom 06.02.2020

Betreiben zusammen veranlagte Ehegatten in GbR eine Photovoltaikanlage auf ihrem eigengenutzten Wohnhaus, so hat eine gesonderte und einheitliche Feststellung der Besteuerungsgrundlagen regelmäßig zu unterbleiben, wenn kein Streit über Höhe und Aufteilung der daraus resultierenden Einkünfte besteht. Dem steht nicht entgegen, dass die GbR keinen Gebrauch von der Nichterhebung der Umsatzsteuer als Kleinunternehmer macht.

➤ mehr in LEXinform 0951299 | Steuerliches Verfahrensrecht



Gebührenerhebung bei mehreren Anträgen auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft

Bundesfinanzhof, II-R-24/17, Urteil vom 27.11.2019

1. Für jeden Antrag auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft nach § 89 Abs. 2 Satz 1 AO 2006 kann eine Gebühr nach § 89 Abs. 3 Satz 1 AO 2011 erhoben werden.
2. Eine Antragschrift kann mehrere Anträge enthalten.
3. Soll die verbindliche Auskunft Bindungswirkung für mehrere existente oder noch nicht existente Steuerpflichtige entfalten, sind jedenfalls so viele Anträge gestellt, wie Steuerpflichtige von dieser Auskunft umfasst sein sollen.

➤ mehr in LEXinform 0951330 | Steuerliches Verfahrensrecht



Nachweis des niedrigeren gemeinen Werts durch Sachverständigengutachten

Bundesfinanzhof, II-R-9/18, Urteil vom 05.12.2019

1. § 198 BewG eröffnet dem Steuerpflichtigen die Möglichkeit, einen niedrigeren gemeinen Wert nachzuweisen, als er sich aus den typisierenden Bewertungsvorschriften des BewG ergäbe. Die Nachweislast geht über die Darlegungs- und Feststellungslast hinaus.
2. Soll der Nachweis eines niedrigeren gemeinen Werts durch Vorlage eines Gutachtens erbracht werden, muss das Gutachten entweder durch den örtlich zuständigen Gutachterausschuss oder einen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für die Bewertung von Grundstücken erstellt sein....

➤ mehr in LEXinform 0951813 | Bewertung



Finanzgerichte

Verlustabzugsbeschränkung bei Steuerstundungsmodellen i. S. v. § 15b EStG nicht verfassungswidrig

Finanzgericht Hamburg, 2-K-293/15, Mitteilung vom 30.06.2020

Verfassungsrechtliche Zweifel mit Blick auf die Rückwirkung sowie die mangelnde Bestimmtheit hat das FG Hamburg unter Berufung auf die bisherige Rechtsprechung und die überwiegende Literaturauffassung verneint.

➤ mehr in LEXinform 0456834 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Marderbefall als außergewöhnliche Belastung?

Finanzgericht Hamburg, 3-K-28/19, Mitteilung vom 30.06.2020

Laut FG Hamburg stelle der Marderbefall keine außergewöhnliche Belastung dar, denn die Kläger hätten nicht nachgewiesen, dass im Streitjahr eine hinreichend konkrete Gesundheitsgefährdung bestanden habe. Einer Beweisaufnahme bedürfe es nicht, weil es selbst bei unterstellter Gesundheitsgefährdung und unzumutbarer Geruchsbelästigung an der erforderlichen Zwangsläufigkeit der Aufwendungen fehle.

➤ mehr in LEXinform 0456835 | Einkommensteuer/Lohnsteuer



Dienstleistungskommission - Leistungserbringer bei In-App Verkäufen über eine Internet-Plattform

Finanzgericht Hamburg, 6-K-111/18, Mitteilung vom 30.06.2020

Die Grundsätze der sog. Ladenrechtsprechung sind lt. FG Hamburg auch auf sog. In-App-Käufe aus Spielen auf mobilen Endgeräten (insbes. Smartphones) anwendbar.

➤ mehr in LEXinform 0456836 | Umsatzsteuer



Finanzverwaltung

Zweite Verlängerung der Konsultationsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien vom 6. Mai 2020

Bundesministerium der Finanzen, IV B 3 - S-1301 -BEL / 20 / 10002 :001, Schreiben vom 25.06.2020

Die am 6. Mai 2020 mit dem Königreich Belgien abgeschlossene und am 20. Mai 2020 um einen Monat verlängerte Konsultationsvereinbarung zum DBA-Belgien im Hinblick auf die steuerliche Behandlung des Arbeitslohns von Grenzpendlern wurde mit schriftlicher Vereinbarung der zuständigen Behörden vom 22. Juni 2020 bis zum 31. August 2020 verlängert.

➤ mehr in LEXinform 7012370 | Internationales Steuerrecht



Befristete Absenkung des allgemeinen und ermäßigten Umsatzsteuersatzes zum 1. Juli 2020

Bundesministerium der Finanzen, III C 2 - S-7030 / 20 / 10009 :004, Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 30.06.2020

Die Bundesregierung hat umfangreiche Maßnahmen des Konjunkturpakets beschlossen, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie entschlossen anzugehen. Dazu zählt insbesondere die befristete Senkung der Umsatzsteuer im zweiten Halbjahr 2020: Die Umsatzsteuer wird vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 gesenkt. Der reguläre Steuersatz sinkt dabei von 19 % auf 16 %, der reduzierte Steuersatz von 7 % auf 5 %. Nach Entwürfen steht nun das finale BMF-Schreiben zur Verfügung.

➤ mehr in LEXinform 7012341 | Umsatzsteuer



Umsatzsteuer; Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung bei Ausfuhrlieferungen

Bundesministerium der Finanzen, III C 3 - S-7134 / 19 / 10003 :001,

Schreiben (koordinierter Ländererlass) vom 25.06.2020

Das BMF gibt die Änderungen des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses (UStAE) durch die Auswirkungen der sog. Missbrauchsrechtsprechung des EuGH bekannt.

➤ mehr in LEXinform 7012367 | Umsatzsteuer



Weitere Meldungen

Heilung der rechtswidrigen Änderung eines Einkommensteuerbescheids durch Erlass eines Körperschaftsteuerbescheids

Deubner Verlag, Anmerkung vom 30.06.2020

Die Rechtswidrigkeit eines geänderten Einkommensteuerbescheids aufgrund der Berücksichtigung einer verdeckten Gewinnausschüttung kann durch Erlass eines Körperschaftsteuerbescheids beseitigt werden.

➤ mehr in LEXinform 0653750 | Körperschaftsteuer



Recht

Arbeit und Soziales

Mindestlohn steigt auf 10,45 Euro im Jahr 2022

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Pressemitteilung vom 30.06.2020

Die Mindestlohn-Kommission hat ihren Anpassungsbeschluss gefasst und ihren Bericht vorgestellt. Es ist turnusgemäß der dritte Bericht seit der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland im Januar 2015. Dieser liegt derzeit bei 9,35 Euro brutto je Zeitstunde. Die Kommission empfiehlt eine Erhöhung des Mindestlohns in mehreren Schritten auf 10,45 Euro zum 1. Juli 2022.

➤ mehr in LEXinform 0456840 | Arbeitsrecht



Benachteiligung eines schwerbehinderten Bewerbers - Einladung zu einem Vorstellungsgespräch - interne Stellenausschreibung

Bundesarbeitsgericht, 8-AZR-75/19, Pressemitteilung vom 25.06.2020

Geht dem öffentlichen Arbeitgeber die Bewerbung einer fachlich nicht offensichtlich ungeeigneten schwerbehinderten oder dieser gleichgestellten Person zu, muss er diese nach § 82 Satz 2 SGB IX in der bis zum 29. Dezember 2016 geltenden Fassung (a. F.) zu einem Vorstellungsgespräch einladen. Das gilt auch bei einer (ausschließlich) internen Stellenausschreibung. Das hat das BAG entschieden.

➤ mehr in LEXinform 0456809 | Arbeitsrecht



Auskunftsanspruch nach dem Entgelttransparenzgesetz

Bundesarbeitsgericht, 8-AZR-145/19, Pressemitteilung vom 25.06.2020
Das BAG hat entschieden, dass das Auskunftsrecht nach dem Entgelttransparenzgesetz auch für arbeitnehmerähnlich Beschäftigte gilt.
➤ mehr in LEXinform 0456810 | Arbeitsrecht



Provisionen können das Elterngeld erhöhen

Bundessozialgericht, B-10-EG-3/19-R, Pressemitteilung vom 25.06.2020
Als sonstige Bezüge im Lohnsteuerabzugsverfahren angemeldete Provisionen können gleichwohl als laufender Arbeitslohn das Elterngeld erhöhen, wenn die Bindungswirkung der Anmeldung für die Beteiligten des Elterngeldverfahrens weggefallen ist. Dies hat das BSG entschieden.
➤ mehr in LEXinform 0456811 | Sozialrecht



Wirtschaftsrecht

Unwirksame Entgeltklausel für Basiskonto

Bundesgerichtshof, XI-ZR-119/19, Pressemitteilung vom 30.06.2020
Der BGH hat entschieden, dass die in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen eines Kreditinstituts enthaltenen Entgeltklauseln für ein Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen (Basiskonto) im Verkehr mit Verbrauchern unwirksam sind, wenn bei der Bemessung des Entgelts das kontoführende Institut den mit der Führung von Basiskonten verbundenen Mehraufwand allein auf die Inhaber von Basiskonten umgelegt hat.
➤ mehr in LEXinform 0456831 | Finanzdienstleistungen



Zivilrecht

Anspruch auf Lärmschutz bei Auswechslung des Teppichbodens durch Fliesen

Bundesgerichtshof, V-ZR-173/19, Pressemitteilung vom 26.06.2020
Der BGH hat entschieden, dass ein Wohnungseigentümer von einem anderen Wohnungseigentümer, der in seiner Wohnung den Bodenbelag ausgetauscht hat (Fliesen statt Teppichboden), die Einhaltung der schallschutztechnischen Mindestanforderungen nach der DIN 4109 auch dann verlangen kann, wenn die Trittschalldämmung des Gemeinschaftseigentums mangelhaft ist und ohne diesen Mangel der Trittschall den schallschutztechnischen Mindestanforderungen entspräche.
➤ mehr in LEXinform 0456817 | Miet-/Immobilienrecht



Verkürztes Restschuldbefreiungsverfahren auf den Weg gebracht

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Pressemitteilung vom 01.07.2020
Die Bundesregierung hat den vom BMJV vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens beschlossen.



Sonstiges Recht

Gesetzliche Neuregelungen im Juli 2020

Bundesregierung, Mitteilung vom 26.06.2020

Die Bundesregierung hat weitere Regelungen auf den Weg gebracht, um die Corona-Pandemie zu bewältigen. Ein Überblick über weitere Gesetzesänderungen zum 1. Juli 2020 wurde zusammengestellt.

➤ mehr in LEXinform 0456825 | Sonstiges Recht



Wirtschaft

Finanzen

Müssen sich Darlehensnehmer jetzt um en Forward-Darlehen kümmern?

FMH Finanzberatung, Frankfurt, Kennzahlen vom 16.06.2020

Die Zinsentwicklung ist durch die Corona-Krise noch unvorhersehbarer als sonst. Ein Forward-Darlehen kann sich dennoch für einige lohnen.

➤ mehr in LEXinform 2094042



Unternehmen

Coface Länder- und Branchenbewertungen - Kampf gegen Insolvenzen

Coface Deutschland, Pressemitteilung vom 18.06.2020

Die Corona-Krise führt zum Rückgang der Einnahmen der Unternehmen. Die entstandenen Liquiditätsengpässe führen anschließend zu Zahlungsverzögerungen und Zahlungsausfällen. Quelle: Coface Deutschland

➤ mehr in LEXinform 2094283



Fragen und Kommentare

DATEV-Mitgliedern ist es gestattet, den LEXinform-Newsletter in unveränderter Form auf ihrer Kanzlei-Homepage zu veröffentlichen.

Die Newsletter-Ausgaben finden Sie auch in LEXinform. Produkthinweis: Nutzen Sie auch die wöchentlich erscheinende Zeitschrift "[LEXinform aktuell \(E-Paper\)](#)" oder "[LEXinform aktuell \(Print\)](#)" mit aktueller Rechtsprechung, Gesetzgebung, Verwaltungsanweisungen und Mehrwerten wie BFH-Kommentierungen, Praxisbeiträgen und Sonder-Rubriken (Lohn/Personal, Immobilien im Steuerrecht, Rechnungswesen, GmbH-Beratung und Für

Kanzlei-Mitarbeiter). Weitere Informationen zu unseren Produkten und Leistungen finden Sie [hier](#).

Wenn Sie uns eine E-Mail schicken wollen, nutzen Sie entweder die "Antworten"-Funktion Ihres Mail-Programms oder senden Sie Ihre Nachricht an: lexinform@service.datev.de.

Bestellen/abbestellen

Falls Sie den LEXinform-Newsletter weitergeleitet bekommen haben und in Zukunft ebenfalls erhalten möchten, können Sie ihn hier kostenlos [bestellen](#).

Hier können Sie den Newsletter [abbestellen](#) oder [Ihre persönlichen Daten ändern](#).

Verantwortlich: Kerstin Welszek

[Datenschutz](#) | [Impressum](#) © DATEV eG

Signatur

Diese E-Mail wurde mit einem Zertifikat der DATEV eG signiert. Damit können Sie sicher sein, dass die Nachricht so von uns gesendet wurde. Wenn Sie eine Meldung erhalten, dass die Signatur ungültig ist oder nicht geprüft werden kann, fehlt das Zertifikat zu dieser Signatur auf Ihrem Rechner. Informationen zu Zertifikaten und zur digitalen Signatur finden Sie unter www.datev.de/zertifikate im Internet.

Datenschutz

Informationen zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten bei DATEV finden Sie unter www.datev.de/dsgvo-information.

DATEV eG

90329 Nürnberg

Telefon: +49 911 319-0

E-Mail: info@datev.de

Internet: www.datev.de

Sitz: 90429 Nürnberg, Paumgartnerstraße 6-14

Registergericht Nürnberg, GenReg Nr. 70

USt-IdNr. DE 133546770

Vorstand

Dr. Robert Mayr (Vorsitzender)

Eckhard Schwarzer (stellv. Vorsitzender)

Julia Bangerth

Prof. Dr. Peter Krug

Diana Windmeißer

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Nicolas Hofmann